

Resolution

der Generalversammlung der Unia Biel-Seeland

Biel/Bienne, 7. Mai 2011

Lohngerechtigkeit und Mindestlöhne für alle!

30 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung, 20 Jahre nach dem Frauenstreik, 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes verdienen immer noch rund 280'000 Frauen weniger als 4'000 Franken im Monat bei einer Vollzeitanstellung.

Frauen verdienen in der Schweiz im Durchschnitt 20 Prozent weniger als Männer, obwohl das Gesetz dies verbietet. Zudem sind Frauen deutlich häufiger von tiefen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen betroffen als Männer.

Angesichts dieser Ungerechtigkeiten fordert die Unia Biel-Seeland von Politik und Wirtschaft, dass:

- **die Frauenlöhne deutlich angehoben werden**
- **die Lohngleichheit endlich umgesetzt wird**
- **die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessert werden**

Damit die Gleichstellung endlich umgesetzt wird, findet am **14. Juni zum Frauenstreiktag** ein Aktionstag statt. Die Bevölkerung ist aufgerufen, sich an den geplanten Aktivitäten in Biel zu beteiligen.

Mindestlohn-Initiative

Mit der Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaft Unia, die einen gesetzlichen Mindestlohn fordert, wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Lohngleichstellung getan. Mehr Lohngerechtigkeit ist aber auch anderweitig nötig: Die Lohnschere zwischen dem durchschnittlichen Jahresgehalt eines Topmanagers in der Schweiz und den tiefsten Jahreslöhnen in ihren Betrieben beträgt 1:55. Mit anderen Worten: Wer zur kleinen Gruppe privilegierter Manager gehört, verdient in einer Woche mehr als hunderttausende von Arbeitnehmenden in einem ganzen Jahr.

Der gesetzliche Mindestlohn verbessert die Aussichten auf mehr Lohngerechtigkeit: Ein garantierter Mindestlohn schafft die Basis dafür, dass auch die Löhne von qualifizierten und besser verdienenden Arbeitnehmenden erhöht werden.

Deshalb fordert die Unia Biel-Seeland die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von Fr. 4000.- für alle und fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, die Mindestlohn-Initiative zu unterschreiben.